

# Abschlussbericht Kohlekommission – Zusammenfassung

## Inhalt

1	Rückblick und Entstehung der Kohlekommission .....	3
1.1	Januar 2016: Empfehlung zur Einsetzung eines Runden Tisches .....	3
1.2	Juni 2018: Die Kohlekommission wird eingesetzt .....	3
1.3	November 2018: Der Abschlussbericht wird vertagt .....	3
1.4	Januar 2019: Die Kohlekommission legt ihren Abschlussbericht vor.....	4
2	Reaktionen einzelner Gruppen .....	4
3	Energiewirtschaftliche Betrachtung und Klimaschutz .....	6
4	Strukturwandel-Mittel .....	6
4.1	Mittel für die Reviere.....	6
4.2	Maßnahmen für die Beschäftigten.....	7
5	Und nun?.....	8

## Eckpunkte

- Bis 2022 sollen insgesamt 12,5 GW Kohlekraftwerke vom Netz gehen. 5 Gigawatt Braunkohle und 7,5 Gigawatt Steinkohle. Mit diesen Maßnahmen wird im Energiesektor eine CO<sub>2</sub>-Minderung von mindestens 45 Prozent im Vergleich zu 1990 erreicht
- Mitte der 2020er Jahre soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um weitere 10 Mio. t gesenkt werden. Das entspricht in etwa 2 GW Braunkohle.
- Grobe Rechnung für die Abschaltung: Bis 2022 wird ein (kleines) Drittel abgeschaltet, bis 2030 ein weiteres Drittel, das letzte (große) Drittel bis 2030
- Ausstieg komplett 2038, in 2032 soll geprüft werden, ob 2035 möglich ist („Öffnungsklausel“). Die Stilllegung der letzten Kraftwerke soll mit den Betreibern verhandelt werden.
- Enddatum ist zu spät für Pariser Klimaziele, demnach müsste Ausstieg 2030 erfolgen
- Die Kommission hält es für „wünschenswert“, dass der Hambacher Wald erhalten bleibt.
- Vorgeschlagen werden Ausgleichszahlungen für private Haushalte und Verbraucher 2023, Zuschuss auf die Übertragungsnetzentgelte oder eine wirkungsgleiche Maßnahme, aus heutiger Sicht dürfte das rund 2 Mrd. Euro pro Jahr kosten, muss beihilferechtlich abgesichert werden.
- Gesetzespaket zur „Stärkung von Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ in Braunkohlerevieren und an Steinkohlekraftwerksstandorten wird empfohlen.
- Insgesamt 40 Milliarden Euro für die betroffenen Regionen, verteilt auf rund 20 Jahre, davon 1,3 Milliarden pro Jahr für Maßnahmen des Bundes bzw. mit Bundesbeteiligung insbesondere im Bereich Infrastrukturausbau, Wirtschafts- und Innovationsförderung sowie Ansiedlung von Behörden und von Forschungseinrichtungen
- Der Bund soll in den nächsten 10 Jahren bis zu 5.000 neue Arbeitsplätze in Bundeseinrichtungen in den Revieren ansiedeln.
- Abschlussbericht ist ein Minimalkompromiss, befriedet den Konflikt um Kohle nicht.
- Umweltseite und Tagebau-Betroffene kritisieren mehr als Arbeitgeber und Gewerkschaften.
- Gut: Einstieg in den Ausstieg geschafft, Energiewirtschaft, Gewerkschaften und Industrie bekennen sich zu (beschleunigtem) Ausstieg,
- Schlecht: nicht Paris-kompatibel, erhöht Druck auf andere Sektoren, Unsicherheit für Hambach und Dörfer bleibt bestehen

# 1 Rückblick und Entstehung der Kohlekommission

## 1.1 Januar 2016: Empfehlung zur Einsetzung eines Runden Tisches

Im Januar 2016 veröffentlicht die Denkfabrik Agora Energiewende "[Elf Eckpunkte für einen Kohlekonsens](#)". Erste Handlungsempfehlung: Die Bundesregierung soll zeitnah einen "Runden Tisch Nationaler Kohlekonsens" einberufen, um „noch 2016 zu einem politisch und gesellschaftlich breit getragenen Ergebnis zu kommen, damit (...) alle Beteiligten frühzeitig Planungssicherheit hinsichtlich der anstehenden Dekarbonisierung erhalten.“ Der Kohlekonsens soll außerdem beinhalten: einen gesetzlich geregelten Kohleausstieg bis spätestens 2040, beginnend 2018, kein Neubau von Braunkohle- und Steinkohlekraftwerken, kein Aufschluss von weiteren Tagebauen, Einrichtung eines Strukturwandelfonds für die betroffenen Regionen, Strompreiskompensationen für die energieintensive Industrie, falls der Börsenstrompreis unerwartet steigen würde.

## 1.2 Juni 2018: Die Kohlekommission wird eingesetzt

Im Juni 2018 beschließt die Bundesregierung die Einsetzung der Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (WSB)". Das ist im Prinzip der Runde Tisch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Umweltverbänden, Gewerkschaften, Wirtschafts- und Energieverbänden, den betroffenen Regionen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, den Agora Energiewende zweieinhalb Jahre zuvor empfohlen hatte.

Die Kohlekommission hat das Mandat, einen Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung, einschließlich eines Abschlussdatums und der notwendigen rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen, renaturierungs- und strukturpolitischen Begleitmaßnahmen zu erarbeiten. Der Plan soll noch vor der UN-Klimakonferenz Anfang Dezember 2018 in Kattowitz vorliegen. Das Timing ist bewusst gewählt. Bundesumweltministerin Svenja Schulze soll auf internationaler Bühne verkünden: **Der Braunkohle-Weltmeister Deutschland schwenkt auf den Klima-Vernunftpfad ein.** Alle wissen, dass Deutschland fleißig erneuerbare Energien ausbaut (ausgebaut hat) und die gefährliche Atomenergie abschaltet. Alle wissen aber auch, dass Kohle maßgeblich dafür verantwortlich ist, dass Deutschland seine Klimaziele verfehlt und die Energiewende stagniert.

## 1.3 November 2018: Der Abschlussbericht wird vertagt

Anders als von ihr selbst gehofft, fährt die Bundesumweltministerin ohne Kohleausstiegsplan nach Polen. Grund für die Verzögerung sind nach einhelliger Meinung Interventionen der

Ministerpräsidenten von Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Sie hatten darauf bestanden, dass der Bericht umfangreichere und detaillierte Strukturhilfen für die Lausitz und Mitteldeutschland enthalten müsse. **In der Argumentation wurden Klimaschutz, wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe gegeneinander in Stellung gebracht.** U.a. der brandenburgische Ministerpräsident Woidke brachte mögliche Landtagswählerfolge der AfD in Zusammenhang mit einem frühzeitigen Kohleausstieg<sup>1</sup>. Einerseits verständlich, jedenfalls aus Sicht der Ministerpräsidenten, die bei den anstehenden Landtagswahlen nicht an die AfD verlieren wollen. Andererseits aber auch eine Argumentation, die dem Populismus in die Hände spielt, vom eigenen Versagen ablenkt und die Bürgerinnen und Bürger ignoriert, die an der Tagebau-Kante leben, deren Gesundheit durch Kraftwerke tagtäglich beeinträchtigt wird und deren Heimat abgebaggert würde.

#### **1.4 Januar 2019: Die Kohlekommission legt ihren Abschlussbericht vor**

Mit rund zwei Monaten Verspätung, im Januar 2019, veröffentlicht die Kohlekommission nun ihren Bericht. **Parteiübergreifend und medial wird überwiegend begrüßt, dass die Kommission die Tür zum Kohleausstieg öffnet und einen Kohleausstieg per Gesetz vorschlägt.**

## **2 Reaktionen einzelner Gruppen**

Die Tagebau- und Kraftwerksbetreiber dürften zufrieden, Planungssicherheit und viel Geld fürs Abschalten zu bekommen. So einen goldenen Handschlag gibt es nur vom Staat, nicht im normalen Geschäft. Kohlestrom-Verkaufen war in den letzten Jahren eher ein Verlustgeschäft. Wenn RWE & Co. nun technische und finanzielle Schwierigkeiten bei der Stilllegung geltend machen, dürfte das auch damit zu tun haben, dass sie die Entschädigungskosten hochtreiben möchten. **Die RWE-Aktie befand sich in den letzten Tagen übrigens eher im Aufwind,- Kaufempfehlung. Der Chef der Bergbaugewerkschaft IG BCE zeigte sich in diversen Interviews recht zufrieden.** Für die Beschäftigten soll es unter anderem „Anpassungsgelder“ und Ausgleichzahlungen für Renten-Einbußen geben. „Am Ende von zähen Verhandlungen steht ein Ergebnis, aus dem man etwas machen kann.“ So das gemeinsame Fazit von DGB-Vorstand Stefan Körzell, ver.di-Vorstand Andreas Scheidt und Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE nach der nächtlichen KWSB-Abschlussrunde.

**Kritik kommt vor allem von diejenigen, die Kohleförderung und – verbrennung schnellst möglich beenden zu wollen,-** zum Schutz von Menschen und Dörfern an den Tagebau-Kanten, zum Schutz von Heimat, Umwelt und Klima in Deutschland und auf der ganzen Welt. Das Ausstiegsdatum 2038

---

<sup>1</sup> Ministerpräsident Woidke: „Ein schneller Kohleausstieg stärkt die AfD“, Tagesspiegel, 1.9.2018

ist fürs Klima deutlich zu spät. **Aus Sicht der beteiligten Umweltverbände (BUND, DNR und Greenpeace) ist der verabschiedete Plan ein Minimalkonsens, der ihnen viel abverlangt.** In einer Pressemitteilung erklären BUND, DNR und Greenpeace:

*“Eigentlich bräuchte es wesentlich mehr, vor allem für den Pfad bis 2030. Es ist der Einstieg in den Ausstieg, nicht mehr aber auch nicht weniger. Wichtig ist unterm Strich, dass jetzt das Tor für den Ausstieg Deutschlands aus der Kohle endlich aufgestoßen ist, schon bald die ersten Kohlekraftwerke vom Netz gehen und der Hambacher Wald erhalten wird.“*

Bis auf ein Minderheitenvotum gegen das **symbolisch wichtige Ausstiegsdatum** nehmen die Umweltverbände den Bericht an. Sie hoffen auf eine **Revisionsklausel**, mit der ein früherer Ausstieg möglich wird (2032 soll geprüft werden, ob auf 2035 vorgezogen wird). Eigentlich wissen alle, dass Deutschland 2030 komplett aus der Kohle aussteigen muss, um seinen Beitrag zum Pariser Klimaabkommen zu erfüllen. Symbolisch wichtig war und ist für die (beteiligten) Umweltverbände, dass der **Hambacher Wald erhalten bleibt**. Auf Seite 71 des Berichts steht, die Kommission halte es für „wünschenswert, dass der Hambacher Forst erhalten bleibt.“ Ein glasklares Bekenntnis zum Hambacher Wald wäre aus Sicht der Umweltverbände und erst Recht aus Sicht von Anwohnern und Klimaaktivisten wünschenswert gewesen. **Die Umweltverbände, Organisationen und Bewegungsakteure, die nicht an der Kommission beteiligt waren, formulieren ihre Kritik erwartungsgemäß deutlicher.** Ein paar Beispiele:

*Campact: “Der Beschluss der Kohlekommission schafft nicht den erhofften Frieden, sondern feuert den Konflikt um die Kohle weiter an. Noch 19 Jahre Kohlekraftwerke am Netz lassen, viel zu langsam aussteigen – das ist fürs Klima viel zu wenig. Das trifft auf den Widerstand der Klimabewegung.“*

*Oxfam: Kohlekommission opfert Klimaziele: Die Kohlekommission hat die deutschen Klimaziele 2020 de facto preisgegeben. Sie nimmt es hin, dass Deutschland seinen Beitrag zum internationalen Klimaschutz verfehlen wird.“*

*Ende Gelände: “Was die Kohlekommission vorlegt, ist kein Konsens. Damit wird das 1,5°-Ziel unmöglich. Die Konzerne bekommen hier Geld für nichts, was mit dem Hambacher Wald und den Dörfern passiert, ist unklar. Noch 20 Jahre Kohlekraft sind 20 Jahre Kohlekraft zu viel. Dem stellen wir uns entgegen! Im Hambacher Wald haben wir das Unmögliche möglich gemacht. Die Proteste gestern waren erst der Anfang, nächsten Freitag kommen wir wieder.“*

Hannelore Wodtke, Stadtverordnete aus Welzow war die Einzige, die letztendlich gegen den [Gesamtbericht stimmte](#), insbesondere, weil die **Kommission den Bestand des Dorfs Proschim** offen lässt:

*„Die Rettung des Dorfes Proschim vor der Umsiedlung ist seit Jahren überfällig. Auf Druck der sächsischen und brandenburgischen Landesregierungen lässt die Kohlekommission die betroffenen Menschen weiter in Unsicherheit über ihre Zukunft. Offensichtlich lassen sich Kretschmer und Woidke ihre Politik noch immer vom EPH-Konzern diktieren.“*

[begründet Wodtke ihre Ablehnung.](#)

### 3 Energiewirtschaftliche Betrachtung und Klimaschutz

Die Kommission pocht auf den **Ausbau von Erneuerbaren Energien (laut KOAV 65% bis 2030) und Netzoptimierung**. Das ist immens wichtig, denn die ausgehenden Kohlekapazitäten müssen ja ersetzt werden. **Ohne EE-Ausbau und Netzoptimierung funktioniert das alles nicht**. Die Kommission hält am bestehenden Energiemarkt-Design fest, ohne Kapazitätsmärkte.

Für alle Stromverbraucher, also für private Haushalte und die (energieintensive) Industrie, soll es verschiedene Formen der **Strompreiskompensation** geben.

**Emissionszertifikate, die durch Abschaltung frei werden, sollen stillgelegt werden**. Besser wäre, wenn vereinbart würde, dass sie gelöscht werden.

**Grobe Rechnung für die Abschaltung: Bis 2022 wird ein (kleines) Drittel abgeschaltet, bis 2030 ein weiteres Drittel, das letzte (große) Drittel bis 2030**. Die ersten Kraftwerke sollen im Rheinland vom Netz gehen, bis 2022 sind im Osten keine Abschaltungen vorgesehen („**West vor Ost**“). Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen würden mehr Treibhausgase im Stromsektor ausgestoßen als Deutschland laut Pariser Klimavertrag rechnerisch zustehen würden. Wenn in CO<sub>2</sub>-intensiven Bereichen wie Verkehr und Gebäude keine weiteren ambitionierten Minderungspfade eingehalten werden, wird das nationale -40%-Klimaziel erst Mitte der 2020er-Jahre erreicht, dann ist auch das -55%-Ziel für 2030 sehr unwahrscheinlich. Das ist schlecht: Der Stromsektor ist vergleichsweise einfach und günstig zu dekarbonisieren. **Wenn hier die Ziele gerissen werden, erhöht das den Minderungsdruck auf andere Sektoren, die aber eben komplizierter und teurer zu dekarbonisieren sind**.

### 4 Strukturwandel-Mittel

Die Kohlekommission gibt Empfehlungen dafür, wie der Strukturwandel in den Kohleregionen industrie- und beschäftigungspolitisch zu organisieren ist. Die Abfederung des Strukturwandels war von Seiten der Politik das zentrale Thema der Kohlekommission.

#### 4.1 Mittel für die Reviere

Das ist nicht nur, aber ganz massiv eine Frage des Geldes. Die Kohlekommission empfiehlt ein Gesetz zur Absicherung von 1,3 Milliarden Euro pro Jahr über 20 Jahre, verteilt an alle vier Reviere.

Zusätzlich sollen 0,7 Milliarden Euro pro Jahr haushaltunabhängig vom Bund zur Verfügung gestellt werden. **Zusammen sind das die 40 Milliarden Euro über 20 Jahre, die in den Medien derzeit immer wieder genannt werden**. Welches Revier wie viel bekommt, ist noch nicht klar. Ein

**Verteilungsschlüssel muss noch gefunden werden**. Ein bunter Strauß von Vorschlägen zur Strukturentwicklung in den Revieren, etwa 180 Seiten, sind dem Bericht angehängt. Die Projektvorhaben sind im Wesentlichen fünf Handlungsschwerpunkten zugeordnet:

- **Förderung von Infrastrukturausbau und -beschleunigung** (z.B. Erforschung zur Versorgung mit Flüssiggas)
- **Förderung von Maßnahmen der Daseinsvorsorge** (z.B. Anbindung Landkreis Helmstedt an Bahnverbindung zum Oberzentrum Wolfsburg)
- Wirtschaftsförderung und -entwicklung (z.B. Green Battery Park Euskirchen)
- **Förderung von F & E, Wissenschaft und Innovation** (z.B. Einrichtung eines Mobilitätszentrums am Autobahnkreuz Kerpen)
- **Arbeitsmarktpolitik / Fachkräfteentwicklung** (z.B. Aufbaustudium „Intelligente Fertigung“ der Studienakademie Bautzen)

Die Kommission empfiehlt u.a. einen „Revierbonus“ für Verkehrsinfrastrukturprojekte, damit in den vier Revieren diese schneller umgesetzt werden. Sowieso strebt die Kommission verschiedene **beschleunigte Verfahren und Prozesse an**, damit Finanzmittel abgerufen, eingesetzt und wirken können. Die Kommission empfiehlt an mehreren Stellen im Bericht, dass die Mittel **für nachhaltige Infrastrukturen, Industrien und Wirtschaftszweige eingesetzt werden sollen**. Inwiefern das gelingt, zumal mit der Kohle verbundene bzw. energieintensive Industriezweige bleiben und erforscht werden sollen, ist kritische Frage. Auf den ersten Blick sind nicht alle vorgeschlagenen Projekte low carbon oder „grün“. Es gibt auch ein Sondervotum von Antje Grothus zur stofflichen Nutzung von Braunkohle.

## 4.2 Maßnahmen für die Beschäftigten

Der Einsetzungsbeschluss beauftragt die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, an **erster Stelle eine konkrete Perspektive für neue, zukunftssichere Arbeitsplätze** in den betroffenen Regionen zu schaffen.

Als Sicherheit für ältere Beschäftigte des Braunkohle-Bergbaus (ab 58 Jahre) empfiehlt die Kommission ein **Anpassungsgeld (APG)** aus Bundesmitteln. **Damit werden Bezüge bis zur Rente ausgeglichen**. Für die Beschäftigten in den Steinkohlekraftwerken soll es eine ähnliche Regelung geben.

Die soziale Absicherung der Beschäftigten wird –über das APG hinaus - eine Vielzahl tariflicher Vereinbarungen notwendig machen (z.B. Sicherung einer qualifizierten Arbeit durch Vermittlung und Ausgleich von Lohneinbußen, Aus- und Weiterbildung etc.).

Es bestehe Unsicherheit darüber, dass die Unternehmen diese Kosten übernehmen können: „An den Verhandlungen mit den Unternehmen sind darum die Gewerkschaften zu beteiligen und **neben möglichen Eigentumsentschädigungen ist zwingend eine Komponente für den Sozialausgleich vorzusehen**. Kommt es nicht zu einer Verhandlungslösung, bedarf es alternativer Lösungen, wie sich Unternehmen und öffentliche Hand an der Absicherung eines Sozialausgleichs beteiligen“ (S. 115)

Die Strukturwandel-Mittel und Maßnahmen für die Beschäftigten sollen in einem Maßnahmenpaket plus Absicherung über einen Staatsvertrag geregelt werden.

## 5 Und nun?

Entscheidend ist wie gesagt, was die **Politik mit den Vorschlägen der Kommission macht**. Der Bericht ist ein Arbeitsauftrag an die Politik. In verschiedenen Ministerien gibt es jetzt Abstimmungsprozesse, BMU, BMWI, BMVI, aber auch BMI. Bis Ende April 2019 soll es einen Entwurf für ein **Strukturwandel-Gesetz** geben, das soll bis Ende 2019 verabschiedet werden. **Ein Kohleausstiegsgesetz soll** bis Ende des Jahres im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes (tbc.) verabschiedet werden. Zudem steht die Verabschiedung des **Klimaschutzgesetzes in 2019** an.

Für die **betroffenen Dörfer** ist die Situation weiterhin unsicher, inwiefern sie weichen müssen, könnte sich erst Mitte der 2020er Jahre entscheiden.

*Der im Kommissionsergebnis gefundene Kompromiss ist für den international vereinbarten Klimaschutz und die von Kohleverstromung Betroffenen kein Erfolg. Die Energiekonzerne dürfen sich hingegen freuen, für viele direkt Beschäftigte gibt es auch Sicherheiten. Für weitere Kommissionen ist die Frage zu stellen, für wessen Interessen, für welche heute und in Zukunft lebende Menschen, für welche Industrien und Wirtschaftszweige Politik und Kompromisse geschlossen werden. Strukturwandel und Klimaschutz im Verkehrs- und Gebäudesektor kann man nicht mit 40-100 Milliarden „erkaufen.“*

Region des Lausitzer Reviers	Region des Mitteldeutschen Reviers
<p><u>Brandenburg:</u> Kreis Dahme-Spreewald Kreis Elbe-Elster Kreis Oberspreewald-Lausitz Kreis Spree-Neiße Stadt Cottbus</p> <p><u>Sachsen:</u> Kreis Bautzen Kreis Görlitz</p>	<p><u>Sachsen:</u> Stadt Leipzig Kreis Leipzig Kreis Nordsachsen</p> <p><u>Sachsen-Anhalt:</u> Burgenlandkreis Saalekreis Stadt Halle Kreis Mansfeld-Südharz Kreis Anhalt-Bitterfeld</p> <p><u>Thüringen:</u> Kreis Altenburger Land</p>
Region des Helmstedter Reviers	Region des Rheinischen Reviers
<p><u>Niedersachsen:</u> Stadt Braunschweig Kreis Helmstedt Kreis Wolfenbüttel Stadt Wolfsburg</p>	<p><u>Nordrhein-Westfalen:</u> Rhein-Kreis Neuss Kreis Düren Rhein-Erft-Kreis Städteregion Aachen Kreis Heinsberg Kreis Euskirchen Stadt Mönchengladbach</p>

Figure 1: Braunkohle-Regionen, Bericht KoKo, S. 15